

Außerordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

**23. November 2019
Köln – Chorweiler**

Antragsspiegel



Übersicht Anträge zum außerordentlichen UB Parteitag KölnSPD am 23.November 2019

S t a n d	neu	Titel/Thema	Antragsteller	Anmerkung
		Kommunalpolitisches Wahlprogramm der KölnSPD 2020	UBV	
		Kommunalpolitik		
		Anträge die vom Parteitag 3-2019 an den Kommunalpolitischen Parteitag 11-2019 überwiesen wurden		
1	WoPo 1	UBV richtet Wohnungskommission ein	60 plus	
2	WoPo 2	Kein Verkauf städt. Häuser	60 plus	
3	WoPo 3	Wohnungsbau in Weiden	Weiden/ Lövenich	
4	WoPo 4	Wohnraum schaffen –Efferen eingemeinden	Jusos	
5	WoPo 5	Wohnungsnot bekämpfen, AirBnB regulieren	Jusos	
6	KomPo 1	Umweltticket KVB	Bocklemünd/ Mengenich	
7	KomPo 2	Transparenz schaffen – Macht begrenzen	Südstadt	
8	KomPo 5	Night-Mover Cologne	Jusos	
9	KomPo 6	Sport im Veedel stärken	Jusos	
10	KomPo 8	Eine Stadt für Alle	Jusos	
11	KomPo 9	Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung führen	Jusos	
12	KomPo 11	Fernbusbahnhof in der Innenstadt reaktivieren	Jusos	
13	KomPo 12	Kinderarmut in Köln senken	Jusos	
14	KomPo 13	Leiradsystem ausbauen	Jusos	
15	KomPo 18	Kostenfreie Stadtbibliothek für Köln-Pass-Inhaber	Jusos	
16	KomPo 19	Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche	Jusos	
		Neu eingereichte Anträge zum 19.10.2019		
17		Kommunalpolitisches Praktikum f Köln	Jusos	
18		Wohnungslosigkeit den Kampf ansagen	Jusos	

1 WoPo 1

Antragsteller: AG 60plus

Kommission Wohnungsbau- und Mietenpolitik

Weiterleitung: UB-Vorstand

Der UB-Vorstand wird beauftragt, nach dem Vorbild der Bearbeitung der Steuergerechtigkeitsproblematik eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die bis zum Jahresende 2019 konkrete Vorschläge zur Effektivierung öffentlicher Handlungsmöglichkeiten im Bereich des Wohnungsbaus und der Mietenbestandslage macht.

Hier ist nicht nur an den Ausbau bestehender Instrumente wie Vorkaufsrechte und Erbpachtlösungen zu denken, um die Wohnkosten positiv beeinflussen zu können, sondern es sollen auch weitergehende politische Einflussmöglichkeiten entwickelt werden.

2 WoPo 2

Antragsteller: AG 60 plus

Verkauf städtischer Mietwohnungen stoppen

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, sich gegen den Verkauf der städtischen Mietshäuser Düsseldorf Str. 156 und 160 sowie Holweider Str. 112 zur Wehr zu setzen und grundsätzlich die Überführung des städtisch kontrollierten Mietwohnungsbestandes in den „freien Markt“ zu verhindern.

3 WoPo 3

Antragsteller: Ortsverein Weiden/Lövenich/Junkersdorf/Widdersdorf

Wohnungsbau in Weiden

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

1. Der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln wird empfohlen, einer Änderung der ^
Bebauungsplanung zugunsten der jüngst von der Projektgesellschaft Weiden
GmbH & Co. KG mit dem Arbeitstitel „Ignystraße in Köln-Weiden“ vorgelegten
Planungen nur zuzustimmen, wenn die dort bereits durch eine Handelsgärtnerei
überbaute Gebäudegrundfläche nicht ausgedehnt wird.
2. Falls eine solche Bebauungsplanänderung doch beschlossen werden sollte, wird
die Ratsfraktion gebeten, darauf hinzuwirken,
 - dass der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen auf 50% erhöht wird,
 - dass eine leistungsfähige Fahrradverbindung zur Straßenbahnhaltestelle
Bahnstraße incl. eines Fahrradparkplatzes eingerichtet wird,
 - dass die Barrieren auf der Jungbluthgassenbrücke im Interesse einer
gleichmäßigeren Verteilung des PKW-Verkehrs auf alle angrenzenden Stadtteile
beseitigt werden,
 - dass ein Raum zu Treffen und Begegnung für die Bürgerinnen und Bürger im
Nahumfeld eingerichtet und vorgehalten wird,
 - der restliche Grünzug in kommunales Eigentum überführt und dauerhaft
gestaltet wird, wobei auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der o.g.
Großinvestor zur Finanzierung des Grunderwerbs herangezogen werden sollte.
3. Die Ratsfraktion wird weiter gebeten,
 - eine Ergänzung der geplanten Erweiterung der P+R-Anlage Weiden-West durch
eine Überbauung mit einer innovativen, grünflächenneutralen Wohnanlage im
Geschosswohnungsbau zu prüfen und ggf. nach Möglichkeit zu initiieren. Die
Bau- und Betriebsträgerschaft sollte dabei in gemeinnütziger Verantwortung
(z.B. GAG) wahrgenommen werden, eine sozial gemischte Vermietung
gewährleisten und ein angemessenes Infrastrukturangebot (Kita, Supermarkt,
...) umfassen;
 - ein vergleichbares Konzept auch für andere Flächen mit bisher nur trivialer Ein-
Ebenen-Nutzung , z.B. für die P+R-Parkanlage Marsdorf, zu prüfen und ggf.
nach Möglichkeit zu initiieren. Vergleichbares gilt auch längerfristig für das Areal
am Bahnhof Weiden-West nördlich des Bahndamms;
 - darauf hinzuwirken, dass bei sich ergebenden Planungen, z.B. bei
Architektenwettbewerben, die Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaft aktiv
beteiligt werden.

Begründung

Zu 1. Im Jahr 2005 wurde mit dem von CDU und den Grünen gegen die Position der
SPD im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Bebauungsplan zugunsten
einer Handelsgärtnerei diese Fläche mit dem Anschein einer Grünfläche versehen
und einer echten Grüngestaltung nachhaltig entzogen. Unser Votum damals
entsprach der Einschätzung sowohl des SPD-Ortsvereins als auch der vieler
Bürger/innen und Bürgerinitiativen, dass weder die Infrastrukturkapazitäten in

78 Weiden (Straßen, Schulen, etc.) noch die stadtklimatischen Erfordernisse mit einer
79 massierten, weiteren Bebauung an dieser Stelle in Weiden vereinbar waren. An
80 dieser Sachlage hat sich nichts geändert.

81 Eine Zustimmung der SPD zum o.g. Vorhaben würde in Weiden als Kehrtwende
82 aufgefasst und zu einem massiven Verlust auch des durch den Ortsverein mühsam
83 gepflegten, politischen Restvertrauens in die Glaubwürdigkeit der der Partei in
84 Weiden führen, was sich auch deutlich bei den anstehen Wahlen zeigen würde.

85 Zu 2. Sollte die Planänderung doch beschlossen werden, müssten die erforderlichen
86 Anpassungen der Infrastruktur inklusive einer gesicherten, öffentlichen Grünfläche in
87 die Wege geleitet werden.

88 Zu 3. Im Gegensatz zu dem unter 1. angesprochenen Bauvorhaben ließe sich mit
89 einer Überbauung der P+R-Anlage Weiden-West ein empfindlicher Beitrag zur
90 Entspannung des Wohnungsmarktes leisten, der zugleich nicht mit einem Verlust an
91 Grünfläche und einer Überforderung der Infrastruktur verbunden ist. Das Areal ließe
92 den Bau von ca. 1500 Wohneinheiten mit – wegen der ausgezeichneten ÖPNV-
93 Anbindung – relativ geringem Verkehrszuwachs zu.

94
95 Weder die KölnSPD noch die Stadtgesellschaft sollten sich von Immobilieninvestoren treiben
96 lassen. Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes sind im Rahmen einer
97 nachhaltigen Stadtentwicklung als Teil der Daseinsfürsorge zu verstehen. Deshalb ist ein
98 deutlich verstärktes Engagement gemeinnütziger Träger für Bau und Betrieb von großen
99 Wohnanlagen dringend geboten. Dadurch wäre es möglich, bei der hohen
100 Siedlungsattraktivität der Metropole Köln trotz der unumgänglichen Besiedlungsverdichtung
101 sowohl einen stadtklimatisch wirksamen Grünanteil als auch eine gezielte Durchmischung
102 der Stadt sowohl in sozialer Hinsicht als auch mit Blick auf die Lebensräume von Wohnen,
103 Einkaufen und Erholen systematisch zu gestalten

4 WoPo 4

Antragsteller*in: Jusos

Wohnraum schaffen – Efferen eingemeinden

Weiterleitung: SPD-Fraktionen im Landtag NRW und im Rat der Stadt Köln

Wir fordern Wohnraum am Rande Lindenthals zu schaffen:

- Die Flurflächen südlich des Azubi- & Studierendendorfs Marsdorf-Süd, südlich der Gleueler Straße (derzeit zu Hürth) sollen zur Stadt Köln eingemeindet und an dieses Dorf angegliedert werden.
- Der Ortsteil Efferen (derzeit Hürth) inklusive des darin bestehenden Studierendendorfs soll zu Köln eingemeindet werden.

Begründung

Kartenausschnitt Efferen-Nord:

<https://www.dropbox.com/s/4a5y3humg0c36ap/Efferen-Nord.png>

Kartenausschnitt Efferen-Mitte:

<https://www.dropbox.com/s/17rervw70v47jl/Efferen.png>

Eine dauerhafte Lösung für mehr und bezahlbaren Wohnraum lässt sich nur schaffen, wenn die knappe Fläche Köln außerhalb des Grüngürtels wächst. Hierzu sehen wir Potenzial für ein Studierendendorf im derzeit nicht erschlossenen Marsdorf-Süd. Durch dieses Studierendendorf würde allerdings die Stadtgrenze Kölns laufen. Für eine einheitliche Bauplanung ist daher eine Eingemeindung dieser Flurstücke unerlässlich.

Daneben gewährt der Stadtteil Efferen durch seine Nähe zu Köln bereits jetzt einen idealen Standort, um studentisches Wohnen zu ermöglichen. Die Interessen der Studierenden und des Studierendenwerks, eine verbesserte Anbindung dieses Studierendendorfes zu schaffen und es auf Sicht zu erweitern, kommen derzeit jedoch zwischen den politischen Plänen der Städte Köln und Hürth zu kurz. Eine Planung kann daher nur aus einer Hand gelingen. Wegen seiner Nähe zu Köln eignet sich Efferen hervorragend für eine Eingemeindung. Teile Efferens wurden in der Geschichte bereits eingemeindet. Eine Eingemeindung ganz Efferens zu Köln war bereits in den frühen 1930er-Jahren und im Rahmen der Gebietsreform in den 1970er-Jahren angedacht. In den mittlerweile knapp 50 Jahren haben sich die Lebensverhältnisse und die Anbindung Efferens an Köln noch einmal verstärkt. Daher halten wir es mit Blick auf die Kölner Wohnraumknappheit für an der Zeit, die Diskussion über eine Eingemeindung Efferens wieder aufzunehmen.

5 WoPo 5

Antragsteller*in: Jusos

Wohnungsnot bekämpfen – AirBnB regulieren

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Um eine Entlastung der Wohnungsnot in Köln zu erreichen und AirBnB besser zu regulieren, fordern wir folgende Veränderungen bei der Verwaltung der Stadt Köln.

1. Die Stadt verpflichtet sich, mehr Mitarbeiter*innen zur Kontrolle von Verstößen gegen das Zweckentfremdungsverbot einzustellen. Wir fordern die Einrichtung einer Task Force, um das Verbot schlagkräftig durchzusetzen. Um eine Entlastung der Wohnungsnot in Köln zu erreichen und AirBnB besser zu regulieren, fordern wir folgende Veränderungen in der Wohnraumschutzsatzung der Stadt Köln.
2. Bei einer Vermietung einer Wohnung von mehr als 14 Tagen pro Monat muss eine Genehmigung bei der Stadt Köln, im Sinne der aktuellen Wohnraumschutzsatzung, eingeholt werden. Die Vermieter*innen erhalten dann eine Registrierungsnummer, die sie verpflichtend auf der AirBnB Plattform oder ähnlichen Portalen mit ihrem zu vermietenden Objekt angeben müssen.
3. Bei der Vermietung von Wohnraum muss eine solche Genehmigung ab 60 Tagen Vermietung pro Jahr eingeholt werden. Das Zimmer darf nur in einer Wohnung vermietet werden, in der der*die Vermieter*in seinen*ihrer Hauptwohnsitz hat. Auch hier gilt dann die Registrierungsnummer. Für Nebenwohnsitze soll die Möglichkeit geschaffen werden in der Kommune, in der dieser liegt, eine Sondergenehmigung zu beantragen, um eine Vermietung von etwa Pendler*innenwohnungen zu ermöglichen.
4. Ein*e Anbieter*in darf nur ein Zimmer oder eine Wohnung gleichzeitig anbieten, d.h. insgesamt nur 1 Objekt.
5. Bei Verstößen kann ein Bußgeld von bis zu 100.000 Euro pro betroffenem Wohnobjekt fällig werden (statt jetzigen 50.000 Euro).
6. Die Stadt Köln bietet eine Online-Möglichkeit, die es den Bürger*innen erleichtert, Fälle von Missachtung des Zweckentfremdungsverbots zu melden.
7. Zudem soll eine Halterhaftung für Wohnungs-Eigentümer eingeführt werden, die die Beweispflicht umkehrt. Wird die Zweckentfremdung einer Wohnung festgestellt, wird die Haftung der/des Wohnungseigentümerin/Wohnungseigentümers automatisch vermutet. Will der Eigentümer/die Eigentümerin die Zweckentfremdung nicht zu vertreten haben, muss er/sie nachweisen, dass die Zweckentfremdung von Dritten ausging.

186 Des Weiteren soll die Köln SPD versuchen, durch Kontakte auf der Landes-, Bundes-
187 oder europäischen Ebene dafür zu sorgen, dass AirBnB dazu verpflichtet wird,
188 einzelne Daten (Name und Adresse) der Vermieter*innen preiszugeben.
189

190 **6 KomPo 1**

191
192 Antragsteller: Ortsverein Bocklemünd-Mengenich

193
194 **Umweltticket der KVB**

195
196 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

197
198 Zur Vermeidung des Dieselfahrverbotes und zur Verbesserung der Luftqualität soll
199 ein Umweltticket von der KVB nach dem Vorbild Bonns (1€ pro Tag/ 365 € im Jahr)
200 eingeführt werden
201

7 KomPo 2

Antragsteller: Ortsverein Südstadt

Transparenz schaffen – Macht begrenzen – Gleichberechtigung fördern

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und UB-Vorstand

1. Zu Beginn jedes Jahres veröffentlichen die SPD Ratsfraktion und der SPD Unterbezirk Köln eine Liste, der zu entnehmen ist wer auf Vorschlag der Köln SPD oder für die Köln SPD in den Aufsichtsräten welcher stadtnaher bzw. stadteigener Unternehmen angehört und welche besonderen Funktionen (z.B. (stellvertretende) Vorsitzende) dort von diesen wahrgenommen werden. Die Listen sind auf der Internetseite der KölnSPD sowie allen Mitgliedern per E-Mail zu veröffentlichen.
2. Bei den von der KölnSPD zu benennenden Aufsichtsratsmitgliedern sollen beide Geschlechter zu mindestens 40% vertreten sein. Dies gilt auch für besondere Funktionen.
3. Um Machtkonzentration und –missbrauch zu vermeiden, darf ab sofort kein Mitglied der SPD mehr als zwei Aufsichtsratsmandate in stadteigenen oder stadtnahen Unternehmen bekleiden.
Ausnahmen von dieser Regel bedürfen einer Zweidrittelmehrheit von der Ratsfraktion und einer Zweidrittelmehrheit durch den Parteitag bzw. den Parteirat der KölnSPD.
4. Die Ratsfraktion legt jeweils zu Beginn der Legislaturperiode eine Obergrenze fest, bis zu welcher die von der SPD entsandten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die erhaltenen Sitzungsgelder und Vergütungen/Tantieme behalten dürfen. Alle Bezüge oberhalb dieser Grenze müssen an die Partei abgeführt werden.

Die Kontrollkommission der KölnSPD überwacht die Einhaltung dieser Regelung und erstattet dem Parteitag mindestens einmal jährlich Bericht.

Begründung

Die Machtpositionen Einzelner soll begrenzt und die Verteilung von Aufsichtsratsmandaten geschlechtergerecht gestaltet werden. Der Umgang mit den Mandaten in stadteigenen und stadtnahen Unternehmen muss transparenter werden, wenn wir in Köln Vertrauen für sozialdemokratische Politik zurückgewinnen wollen.

Die letzte und auch einzige Veröffentlichung über die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten durch Mitglieder der KölnSPD stammt aus dem Jahr 2014. Sie ist veraltet und unvollständig. Ein purer Verweis auf die Berichte und öffentlichen Register der einzelnen Unternehmen und Gesellschaften ist kein Zeichen von Transparenz.

Einen ähnlichen Antrag zu den Punkten 1-3 haben wir beim Parteirat am 04.09.2018 eingebracht. Die dort gemachten Zusagen wurden bis heute nicht erfüllt.

8 KomPo 5

Antragssteller*innen: Jusos

Night-Mover Cologne

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Wir fordern die Stadtratsfraktion der KölnSPD auf, das Konzept „Night-Mover“, welches bereits in niederrheinischen Kreisen erfolgreich ist, auch für Köln zu unterstützen und im Stadtrat vorzuschlagen. Das Konzept „Night-Mover“ soll jungen Menschen ermöglichen, günstig, sicher und flexibel nachts mit dem Taxi oder Mietwagen nach Hause zu kommen – und zwar auch abseits des KVB-Liniennetzes.

Dieses Konzept beinhaltet die Förderung von Taxi- oder Mietwagenfahrten zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr des Folgetages mit einem Zuschuss von bis zu 5,00 Euro pro Person. Dabei muss es sich um Schüler*innen, Auszubildende, Teilnehmer*innen eines Freiwilligendienstes, Studierende oder Inhaber*innen des Köln-Passes mit einem Mindestalter von 16 Jahren handeln, die ihren Ausbildungsort oder Wohnsitz in Köln haben. Zu einer Fahrt dürfen sich mehrere Personen zusammenschließen, um Gruppenfahrten zusätzlich zu vergünstigen. Taxifahrten werden jedoch nur ab 10 Euro Fahrpreis bezuschusst. Der Zuschuss soll über Gutscheine erfolgen. Diese können möglichst nutzerfreundlich auf einer Internetseite oder über eine App erworben werden.

Begründung

Für junge Menschen in Köln, die nicht in der Innenstadt, sondern in den Randgebieten wohnen, ist es besonders schwer mobil zu sein. Insbesondere an den Wochenenden oder Feiertagen ist es schwierig, abseits des zentralen Netzes der KVB in den Abend- und Nachtstunden mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause zu gelangen. Die Nachtlinien decken bei Weitem nicht das Tagesangebot ab und führen daher zu einer Unterversorgung der äußeren Stadtbezirke.

Durch den Night-Mover sollen junge Menschen finanziell durch den gewährten Zuschuss in Höhe von 5,00 Euro pro Person unterstützt werden, damit auch diese am nächtlichen Leben der Stadt teilnehmen und gleichzeitig sicher und günstig nach Hause gelangen können.

Dieses Konzept hat sich bereits im Kreis Kleve über Jahre bewährt. Der Vorteil dieser Bezuschussung von Taxi- und Mietwagenfahrten liegt in der flexiblen, bedarfsgerechten Förderung, die auf bereits bestehende Strukturen zurückgreift und nur bei Beanspruchung Kosten verursacht. Die Einrichtung weiterer Nachtlinien

281 durch die KVB, die sicherlich langfristig das Ziel sein sollte, nimmt mehr Zeit und
282 Planung in Anspruch und führt zu höheren Kosten, da diese unabhängig von ihrer
283 Beanspruchung anfallen. Der Night-Mover stellt somit eine sinnvolle und
284 wirtschaftliche Ergänzung zu dem ÖPNV-Angebot der KVB dar. Es könnte zudem als
285 Pilotprojekt für zusätzliche nächtliche ÖPNV Angebote dienen, da sich dadurch
286 feststellen lässt, wo erhöhter Bedarf besteht.

287

288

9 KomPo 6

289 Antragssteller*innen: Jusos

290 **Den Sport im Veedel stärken!**

291

292 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

293 Jedes Kind soll die Chance bekommen, am Vereinssport in Köln teilzuhaben. Nach
294 dem Vorbild anderer Städte in NRW fordern wir daher ein Sportprogramm für die
295 Stadt Köln, welches Kindern eine einjährige Probemitgliedschaft in einem
296 gemeinnützig geführten Kölner Sportverein ihrer Wahl finanziert.

297 Zudem soll die Pflege öffentlicher Sportplätze zu verstärkt werden. Hierfür soll das
298 Konzept der Spielplatzpaten künftig auf diese ausgeweitet werden. Kölner
299 Bürgerinnen und Bürger sollen so die Möglichkeit erhalten, die ehrenamtliche Pflege
300 öffentlicher Sportplätze zu unterstützen.

10 KomPo 8

Antragsteller*inne: Jusos

Eine Stadt für Alle

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Köln und der städtischen Kommunalpolitik stehen viele Herausforderungen bevor. Einige sind neu, wie die Frage nach Dieselfahrverboten, andere ein nie endender Dauerbrenner, wie die Frage, wo neuer Wohnraum geschaffen werden kann, wenn nahezu jede erdenkliche Fläche vollkommen genutzt oder gar überlastet ist. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir die Probleme im Kern anpacken und statt einer stumpfen Symptombekämpfung ein visionäres Bild für die Zukunft unserer Domstadt entwickeln, die Bürger*innen dabei einbeziehen und sie dafür begeistern! .

Wir fordern: eine sozial verträgliche Verkehrswende, die einen autofreien Verkehr und ein kostenfreies öffentliches Verkehrssystem zum Ziel hat und damit die Umweltpolitik in den Fokus nimmt.

Verkehr und Mobilität sind ein Grundpfeiler der kommunalen Daseinsvorsorge. Eine gute Anbindung ist nicht nur für Menschen unerlässlich, die sich kein eigenes Auto leisten können oder in den äußeren Stadtbezirken leben, sondern besonders auch für diejenigen, die körperlich nicht in der Lage sind, alleine mit dem Auto zu fahren.

Dazu kommt, dass die Innenstadt überfüllt ist und für Autos schlichtweg kein Platz bleibt. Durch konstruktive Alternativen können erste Schritte für eine Umstrukturierung getan werden. Wir fordern daher einen vernünftigen Ausbau des Fahrradnetzes, öffentliche Angebote zur Wartung von Fahrrädern und einen Ausbau des Leihradangebotes. Letzteres muss vernünftig strukturiert und auch dezentral verfügbar sein, also nicht nur an Knotenpunkten wie dem Hauptbahnhof oder der Universität, sondern im gesamten Stadtgebiet und damit ausdrücklich auch in den Vororten dieser Stadt.

Allein aus ökologischen Aspekten ist es unabdingbar, dass endlich eine Umorientierung auch zu alternativen Verkehrskonzepten, wie einem Wassertaxi, stattfindet. Im Fall der Dieselfahrzeuge sind besonders die Hersteller*innen endlich in die Pflicht zu nehmen, um die Autos nachzurüsten, die unter den aktuellen Bedingungen in naher Zukunft eventuell nicht mehr fahren dürften. Es ist für uns unverständlich, weshalb die Autoindustrie immer nur als Profiteurin aus solchen Konflikten herausgeht. Deswegen muss man endlich ansetzen, wo es weh tut, und die Autoindustrie zu Maßnahmen zugunsten der Bürger*innen verpflichten. Dennoch bleibt das oberste Ziel, Köln in weiten Teilen von Autos zu befreien. Die Förderung von Sharing-Modellen trüge beispielsweise dazu bei, die Attraktivität eines eigenen Autos zu vermindern.

Gleichzeitig braucht es mehr Angebote, damit auch Menschen, die nicht in zentraler Innenstadtlage wohnen, nachts sicher nach Hause kommen. Hierfür wiederholen wir unsere Forderung, dass es einen Nachtverkehr auch unter der Woche gibt, mit dem jede*r Bürger*in nachts nach Hause kommen kann. Ein ÖPNV, der nachts um ein Uhr komplett den Verkehr einstellt, wird einer Millionenstadt wie Köln nicht gerecht! Dabei ist uns wichtig, dass dabei nicht nur die Innenstadt angefahren wird, sondern das gesamte Kölner Stadtgebiet bedient wird. Hier sollen auch Kooperationen mit Nachbarstädten geprüft werden.

Wir fordern: eine einheitliche Stadtförderung und -entwicklung anstatt einer zunehmenden Zweiklassen-Ausrichtung mit einem zukunftsweisenden Verkehrskonzept, welches den Gesellschaftswandel weg vom Auto und hin zur Sharing Economy aktiv fördert und unterstützt.

Es ist ein zunehmendes Problem, dass große Teile von beliebten Veedeln durch private Investor*innen aufgekauft und luxussaniert werden oder dass Einzelhändler*innen durch marktmächtige Monopolist*innen verdrängt werden.

Angebote, die besonders für Menschen ohne viel Geld ein Zugewinn sein können, bleiben dabei auf der Strecke, etwa die Förderung von Bürger*innen- und Jugendzentren, öffentlichen Spielplätzen oder Sportangeboten. Daher ist es für uns als Jungsozialist*innen ein Muss, dass mehr für alle Menschen im Veedel getan wird und nicht nur für die wirtschaftliche Konjunktur.

In vielen Veedeln trägt es zu einem guten Klima bei, dass ein diverses und kulturell geprägtes Leben stattfindet, das nicht vom nötigen Kleingeld abhängig ist. Damit wird aber mehr und mehr gebrochen: Menschen, die ihr Leben lang in einem Veedel gewohnt haben, werden aus reiner Profitgier verdrängt, weil sie sich die Miete der neu renovierten Wohnung nicht mehr leisten können.

Wir fordern: eine radikale Maximalgrenze von 9 € pro m² für Mieten und eine geregelte Kontrollinstanz für Wohnungsmissbrauch durch Zweckentfremdung, bis hin zur Enteignung bei wiederholter Missachtung.

Wohnen ist teuer - dabei sollte ein Dach über dem Kopf ein Grundrecht sein. Wer in Köln eine Wohnung sucht, braucht eine hohe Frustrationstoleranz. Ein großes Problem ist die wirtschaftlich ausgerichtete Vermietung der Wohnobjekte via Airbnb. Anstatt Wohnraum dauerhaft zu vermieten, geht der Trend zur phasenweisen Verbuchung an Tourist*innen, was für Vermieter*innen lohnenswerter ist, als die Wohnung dauerhaft zu vermieten. In Zeiten knappen Wohnraums darf das kein gängiges System zur Bereicherung Einzelner sein. Es bedarf einer vernünftigen Regulierung und Kontrolle seitens der Stadt, die hohe Strafen von 100.000 Euro bei Zweckentfremdung nach sich ziehen müssen!

Wohnraum, der leer steht, weil es für die Eigentümer*innen bequemer ist als ihn zu vermieten, muss enteignet und an Menschen weitervermietet werden, die ihn dringend brauchen. Vermieter*innen, die ihre Immobilie aus finanziellen Gründen nicht sanieren können, brauchen ausreichend Fördermittel, die ihnen unter die Arme greifen, damit Immobilien weiterhin auch aus privatem Besitz und nicht nur durch Großunternehmen vermietet werden, die sich so eine Monopolstellung sichern könnten.

Das Wohnen in den äußeren Stadtbezirken und Veedeln von Köln muss durch einen deutlichen Ausbau der Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Gastronomie, Schulen etc.) attraktiver gemacht werden. Angebote, die für die Innenstadt eine Selbstverständlichkeit sind, müssen auch für außerhalb liegende Standorte in Chorweiler oder Porz mitgedacht werden. Es gehört für uns zum Grundverständnis einer jungsozialistischen und sozialdemokratischen Politik, dass das Leben in jedem Veedel lebenswert sein muss und eine entsprechende Lebensqualität herzustellen ist!

Wir fordern: eine grundlegende Kernsanierung aller Schulen und eine einheitliche Ausstattung mit aktuellen technischen Mitteln, sowie ein auf Köln angepasstes Förderprogramm für Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten im Schulalltag.

402 Bildung ist das wichtigste Rüstzeug, wenn es darum geht, eine gute Zukunft für
403 Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Wir müssen deswegen dafür sorgen, dass
404 sie allen Kindern und Jugendlichen in Köln in gleichen Teilen zur Verfügung steht.
405 Dazu gehört, dass Schulen unabhängig von ihren Standorten gebaut und/oder
406 saniert werden, sodass es überall in Köln exzellente Bildungseinrichtungen gibt. Es
407 darf nicht nur moderne Schulen in chicen Neubauvierteln geben, sondern perfekt
408 ausgestattete Schulen sollten in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit
409 sein. Um auch moderne Weiterbildung zu ermöglichen, fordern wir zudem eine
410 technische Aufrüstung der Volkshochschulen. Insgesamt darf Digitalisierung nicht
411 länger ein Lippenbekenntnis bleiben. Stattdessen muss die Stadt Köln eine moderne
412 Ausstattung ihrer Bildungseinrichtungen sicherstellen und dabei alle Mittel einsetzen,
413 die sie zur Verfügung hat.

414
415 Im Umkehrschluss heißt das:

416 Es wird Zeit, dass die Kommunalpolitik ein neues Gesicht erhält. Wir Jusos waren bei
417 vergangenen Wahlkämpfen, ob auf kommunaler, Bundes- oder Europaebene immer
418 aktiv dabei. Haben Kandidat*innen auf der Straße unterstützt, Haustürwahlkampf
419 gemacht, Flyer verteilt und vieles mehr. Wir sind ein aktiver Teil unserer Partei, der
420 auf die Zukunft gerichtet ist. Als aktiver Teil dieser Partei wollen wir nicht mehr nur
421 gefordert, sondern auch gefördert werden! Gemeinsam wollen wir Köln besser
422 machen. Unsere politische Arbeit zeigt, dass wir Zukunftskonzepte erarbeiten können
423 und diese auch eigenhändig mit umsetzen wollen. Wir sind mehr als bereit, selbst
424 Verantwortung zu übernehmen. Unsere Antragsvielfalt bei unserer
425 Unterbezirksdelegiertenkonferenz beweist, mit welcher Bandbreite an Themen wir
426 uns auseinandersetzen und dass wir dabei neu und innovativ denken!

427 Deswegen möchten wir zusammen mit euch eine Stadt entwickeln, die jünger,
428 attraktiver und vor allem eine Stadt für alle ist: unabhängig von der Herkunft, dem
429 Einkommen oder sonstigen Kriterien. Alle sollen einen lebenswerten Platz in dieser
430 Stadt haben, und dafür setzen wir uns ein. Denn das ist das Herz unserer Idee
431 einer jungsozialistischen und sozialdemokratischen Gesellschaft für alle!
432

11 KomPo 9

Antragssteller*in: Jusos in der Köln SPD

Dieselfahrverbote dürfen nicht zur Enteignung von Kölner Bürgerinnen und Bürgern führen!

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln und Bundesparteitag

Das Diesel-Urteil des Kölner-Verwaltungsgericht vom November 2018 war einerseits zu erwarten, aber andererseits gleichzeitig auch ein Schock für die Kölner Bürgerinnen und Bürger. Seit Jahren schon wurden in Köln die Stickoxid-Grenzwerte nicht eingehalten - das Urteil ist gleichzeitig ein Ergebnis einer Politik, die zu lange nicht gehandelt sondern weggeschaut hat.

Diese Fehler dürfen jetzt nicht auf den Rücken der Kölnerinnen und Kölner ausgetragen werden! Wir Jusos Köln stehen solidarisch an der Seite der betroffenen Kölnerinnen und Kölner, die in den letzten Jahren in gutem Glauben ein Diesel- oder Benziner-Fahrzeug gekauft haben und jetzt in ihrer Mobilität eingeschränkt werden.

Wir fordern nicht weniger als eine Mobilitätsgarantie für alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die durch angemessene Angebote von Seiten der Politik und der Wirtschaft geschaffen werden soll! Als Betroffene gelten alle Autobesitzer*innen, die bis zur Urteilsverkündung des Dieselfahrverbotes in Köln ein Dieselfahrzeug besessen haben und für sie sollen die folgenden Regelungen gelten.

Konkret bedeutet dies:

- Betroffene Menschen müssen wesentlich günstigeren Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln in Köln bekommen. Diesen sollen sie, und ihre engsten Familienangehörigen, durch ein Ticket erhalten, mit dem sie für einen Euro am Tag befristet auf ein Jahr jederzeit den ÖPNV nutzen können.

- Betroffene Autos müssen so schnell wie nur möglich nachgerüstet werden. Bei Autos, die aufgrund von Schummelsoftwares der Hersteller ursprünglich zugelassen und nun gesperrt worden sind, sollen die Hersteller die Kosten der Hardware-Nachrüstung vollständig übernehmen müssen. Diese Kosten dürfen aber von den Fahrzeug-Herstellern nicht als Gründe für Stellenabbau in der Belegschaft angeführt werden - die Beschäftigten müssen davor geschützt werden!

In Fällen, in denen die Hersteller die nun betroffenen Fahrzeuge korrekt hergestellt haben, müssen die Hersteller und die Bundesregierung zusammen mindestens 85 Prozent der Hardware-Kosten jeweils zur Hälfte übernehmen.

Des Weiteren fordern die Jusos Köln einen Fonds der Bundesregierung, der den städtischen Verkehrsbetrieben die Mittel zur Nachrüstung der eigenen Verkehrsmittel zur Verfügung stellt.

12 KomPo 11

Antragsteller*in: Jusos

Fernbusbahnhof in der Innenstadt reaktivieren

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Fernbusse bieten gerade für junge Menschen und Menschen mit geringem Einkommen eine günstige Reisemöglichkeit. In Köln wurden die Fernbusse allerdings 2015 aus der Innenstadt verbannt. Die Fahrt nach Leverkusen oder zum Kölner Flughafen stellt jedoch sowohl vom Aufwand als auch finanziell eine zusätzliche Belastung dar. Deshalb müssen Fernbusse endlich wieder einen Bahnhof in der Nähe eines zentralen Bahnhofes bekommen. Hierfür käme zum Beispiel der Standort Walter-Pauli-Ring infrage, der eine Option in Autobahnnähe darstellt und keine weitere Belastung den Innenstadtverkehr darstellen würde.

13 KomPo 12

Antragsteller*in: Jusos

Kinderarmut in Köln senken; Handlungskonzept aktualisieren und umsetzen

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Die Jusos Köln fordern das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport auf den Entwurf für die Fortschreibung und Aktualisierung des Handlungskonzepts gegen die Folgen von Kinderarmut in Köln zeitnah vorzulegen und unter Teilhabe der Betroffenen und wichtigen Akteur*innen der Armutsprävention zu diskutieren.

Die Stadt Köln sollte prüfen selbst einen entsprechenden Sozial-Atlas zu erstellen. Im Mittelpunkt sollte dabei neben Wirkungsanalyse und Ressourcenmanagement der interkommunale Vernetzungs- und Transparenzgedanke stehen.

14 KomPo 13

Antragsteller*in: Jusos

Radfahren der Zukunft – Leihradsystem ausbauen

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Die Verwendung klimafreundlicher Fortbewegungsmittel ist häufig nur in Kombinationen verschiedener Fortbewegungsmittel möglich. Die Kombination von ÖPNV und Fahrrad ist dabei erstrebenswert und muss von der Stadt stark gefördert werden. Deshalb ist der Ausbau des Leihradsystems unumgänglich für die zukünftige Mobilität in Köln. Leihräder, die über Abonnements für den ÖPNV genutzt werden können, sind dabei optimal für die Nutzung klimafreundlicher Fortbewegungsmittel. Das Leihradsystem der KVB stößt dabei derzeit an seine Grenzen. Viele Menschen benutzen täglich die Fahrräder, weshalb die Kapazitäten dringend ausgebaut werden müssen. Regelmäßig finden Menschen, gerade zu den Hauptverkehrszeiten, keine Leihräder der KVB, da es nicht genügend Fahrräder gibt.

Wir begrüßen ausdrücklich die kleine Erhöhung der Fahrradanzahl und die Ausweitung des Leihradsystems mit Stationen auf das gesamte Stadtgebiet ab 2020. Diese Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um das gesamte Kölner Stadtgebiet mit einem guten Leihradsystem zu versorgen.

Deshalb fordern wir:

- Die Erhöhung der Fahrradanzahl auf 5000 Fahrräder im Stadtgebiet, um gerade auch die vielen neuen Stationen in den äußeren Stadtbezirken zu versorgen
- Kund*innen mit KVB-Abonnements sollen in Zukunft eine Stunde kostenfrei mit den Leihrädern fahren können. Dies soll auch für Schüler*innen gelten, die ein entsprechendes KVB-Schüler*innenticket besitzen.
- Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen stark frequentierten Plätzen in Köln.

Begründung

Leihräder haben sich längst im Stadtbild etabliert und sind ein wichtiger Faktor für die Mobilität vieler Menschen in Köln. Regelmäßig berichten die Kölner Zeitungen über das Interesse neuer Unternehmen, die in Köln einen attraktiven Markt erkennen und investieren möchten. Zum einen wollen sich immer mehr Menschen mit klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln bewegen und zeitgleich ist Köln eine rasant wachsende Stadt. Daher kämpfen zahlreiche Unternehmen um die Aufmerksamkeit der Bürger*innen, weshalb man Leihräder in den meisten Straßen in der Innenstadt erkennen kann.

In den meisten Straßen der Innenstadt ist dies der Fall und zeitgleich sucht man vergeblich in ganzen Stadtbezirken nach einem Leihrad. Die gewinnorientierten Unternehmen erkennen in den äußeren Stadtbezirken keinen Markt, jedoch gibt es viele Menschen, die schon lange dieses Bedürfnis haben. Die gewinnorientierten Unternehmen möchten dennoch nicht expandieren, weil sie dort eine geringere Gewinnmarge erreichen. Somit ist die KVB als Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gefordert, alle Menschen in Köln am Leihradsystem der KVB zu beteiligen. Lange Zeit wurden die Randgebiete Kölns vom Leihradmarkt ausgeschlossen und frühestens 2020 ist die sukzessive Erweiterung des Leihradsystems der KVB auf die äußersten Ecken von Köln abgeschlossen. Wir begrüßen diesen Beschluss, auch wenn die Erweiterung schon längst

abgeschlossen sein müsste. Dieser Beschluss wird aber nicht alle Probleme des Kölner Leihradmarktes lösen, weil die Nachfrage nach Leihrädern immer weiter steigt. Somit gibt es drei wichtige Punkte, die wir mit diesem Antrag erreichen wollen:

- Die Fahrradanzahl wird zusammen mit der sukzessiven Erweiterung des Ausleihgebiets der KVB-Leihräder erhöht. Zukünftig sollen 3000 Leihräder den Menschen zur Verfügung stehen. Wir glauben, dass die Zahl allerdings nicht ausreichen wird. Viele Menschen wählen im Kerngebiet des Leihradsystems lieber andere Anbieter, da die Räder der KVB sehr häufig vergriffen sind. Gerade die Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet, wird die Nachfrage und die Wahrnehmung der Leihräder verändern, worauf die KVB antworten finden muss. Somit fordern wir eine Erhöhung der Anzahl auf 5000 Fahrrädern in Köln.
- Ein weiterer Faktor, durch welches das Leihradsystem der KVB sich von den anderen Unternehmen hervorhebt, ist die kostenlose erste halbe Stunde für Abonnent*innen der KVB. Somit können kurze und mittellange Strecken kostenlos mit dem Leihrad bewältigt werden, wodurch eine optimale Abstimmung für Nutzer*innen der öffentlichen Verkehrsmittel entsteht. Doch gerade die Ausweitung des Leihradsystems auf das ganze Stadtgebiet, wird viele Menschen betreffen, die eher längere Strecken zu bewältigen haben. Jemand der in einem äußeren Stadtbezirk wohnt und in die Innenstadt fahren möchte, soll dadurch nicht benachteiligt werden. Viele Menschen fahren längere Strecken, die aber auch durch die KVB zu klimafreundlichen Fortbewegungsmitteln bewegt werden sollen. Wir wollen keine Differenzierung zwischen den zentralen und äußeren Veedeln und fordern daher die kostenlose Ausweitung auf eine Stunde.
- Leihräder im Stadtbild können Fluch und Segen zugleich sein. Durch die verschiedenen Unternehmen tummeln sich gerade an zentralen Plätzen zahlreiche Leihräder, die viele Menschen stören. Das Problem ist allerdings nicht die Anzahl der Leihräder, sondern die fehlenden Regelungen der Stadt. Leihradzonen an zentralen Bahnhöfen, Sehenswürdigkeiten und anderen stark frequentierten Plätzen in Köln können zu einer Entspannung dieser Lage führen. Außerdem führen diese Regelung zur Verbesserung der Mobilität mit den Leihrädern, da einige zentrale Knotenpunkte in Köln aufgrund von Sperrzonen noch nicht mit Leihrädern zugänglich sind, welche durch die Zonen erschlossen werden sollen.

Diese Forderungen sollen den Weg zu einem etablierten und zukunftsfähigen Leihradsystem in Köln ebnen und somit auch zu einer Verbesserung der klimafreundlichen Mobilität führen

598 **15 KomPo 18**

599

600 Antragssteller*innen: Jusos in der Köln SPD

601 **Kostenfreie Stadtbibliothek für Köln-Pass-Inhaber*innen**

602

603 **Weiterleitung:** SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

604

605 Die KölnSPD setzt sich für den kostenfreien Zugang von Köln-Pass-Inhaber*innen
606 bei der Stadtbibliothek ein. Dazu soll der § 8 der Benutzungs- und Entgeltordnung
607 der Stadtbibliothek geändert werden.

608

609 Begründung

610 Seit jeher gibt die SPD ihren Wähler*innen das Versprechen vom Aufstieg durch
611 Bildung. Dieses Versprechen kann jedoch nicht nur eins für den privilegierten Teil der
612 Bevölkerung sein, sondern muss sich besonders an jene richten, die in prekären
613 Lebensverhältnissen leben. Dabei gilt es möglichst viele Hürden abzubauen, um den
614 Zugang zu Bildung für alle zu ermöglichen.

615 Durch den Köln-Pass erhalten viele bedürftige Menschen in Köln Ermäßigungen bei
616 kommunalen Angeboten. Er richtet sich konkret an Menschen, die arbeitssuchend
617 sind, Wohngeld beziehen, einen Kinderzuschlag bekommen, Frühförderung in
618 Anspruch nehmen, im Alten- oder Pflegeheim leben, die ein geringes Erwerbs- oder
619 Renteneinkommen haben oder laufende staatliche Hilfe beziehen (Grundsicherung,
620 Kinder- und Jugendhilfe, Asylbewerber*innenleistungen). Viele im Köln-Pass
621 einbezogenen Vergünstigungen reichen jedoch derzeit nicht aus. Die Stadtbibliothek
622 ist eine wichtige Bildungsinstitution mit einem breiten Angebot, welche für alle
623 Menschen in Köln zugänglich gemacht werden sollte. Derzeit müssen Köln-Pass-
624 Inhaber*innen 13 € jährlich oder 7 € halbjährlich zahlen, um Zugang zur
625 Stadtbibliothek in Köln zu erlangen. Der Regelbedarf für Hartz IV-Empfänger*innen
626 sieht allerdings nur 1,01 € monatlich für Bildung vor. Um somit einen Zugang zur
627 Stadtbibliothek zu erlangen, müssen viele Menschen an anderen Stellen
628 kürzertreten. Wir wollen nicht, dass Bildung gegen andere wichtige Lebensgüter
629 ausgespielt wird und fordern somit den kostenfreien Zugang zur Stadtbibliothek für
630 alle Köln-Pass-Inhaber*innen.

631

16 KomPo 19

Antragssteller*innen: Jusos

Plattform zur Jobvermittlung an Jugendliche

Weiterleitung: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Viele Jugendliche möchten sich ihr Taschengeld in ihrer Freizeit aufbessern. Diese Jobsuche ist allerdings eine riesige Herausforderung. Abgesehen von den üblichen Nebenjobs, wie das Zustellen von Zeitungen oder die Nachhilfe für andere Schüler*innen, sind vielen Jugendlichen andere Nebenjobs gar nicht bekannt. Die Suche im Netz ist äußerst kompliziert und bietet keine zufriedenstellenden Antworten. Es gibt viele Plattformen und Webseiten zur Vermittlung von Nebenjobs an Jugendliche für das gesamte Bundesgebiet. Vieler der dort aufgelisteten Angebote sind aber nicht auf die einzelnen Städte und Gemeinden zugeschnitten.

Die Jobsuche soll für die Jugendlichen und die Suche nach Mitarbeitenden für Arbeitgeber*innen erleichtert werden. Deshalb soll die Stadt Köln eine leicht zugängliche Plattform zur Vermittlung von kleinen Nebenjobs für Jugendliche einführen. Diese Plattform soll für einmalige, kleine Jobs und regelmäßige, monatliche Jobs geschaffen werden. Zusätzlich soll die Plattform eine Übersicht über die arbeitsrechtliche Situation von Jugendlichen zur Verfügung stellen, damit Jugendliche über ihre Rechte und ihren Schutz aufgeklärt werden.

17 Neu zum ao Parteitag 23.11.2019

Antragsteller*innen: Jusos

Antragstitel: Ein kommunalpolitisches Praktikum für Köln

Die Jusos Köln und die Köln SPD setzen sich für ein kommunalpolitisches Praktikum in Köln ein. Dies soll nach dem Vorbild der Stadt Viersen erfolgen.

Beschreibung 'Kommunalpolitisches Praktikum'

Zielsetzung: Junge Menschen sollen zum einen über die Grundzüge von Kommunalpolitik informiert werden. Zudem soll ihr Interesse geweckt werden, sich selbst aktiv ins politische Geschehen vor Ort einzubringen.

Zielgruppe:

Schüler und Schülerinnen der weiterführenden Schulen ab Klasse 9. Grundzüge des Konzepts/Verlauf:

Das Kommunalpolitische Praktikum besteht aus einer Vorveranstaltung und anschließenden insgesamt drei Modulen: Vorveranstaltung: Speed-Debating

Das Speed-Debating ist eine Veranstaltung, zu der alle interessierten Schüler ab der 9. Klasse sowie VertreterInnen aller Fraktionen im Viersener Stadtrat eingeladen werden. Eine gute Möglichkeit für Kommunalpolitiker wie auch für Jugendliche, zueinander zu kommen und in einem schnellen Frage- und Antwortspiel Meinungen auszutauschen. Diese Veranstaltung bietet den späteren Teilnehmern des Kommunalpolitischen Praktikums eine Hilfe zur Entscheidung für die jeweilige Partei, der sie sich während des Praktikums näher anschließen wollen und bei der sie z.B. eine Fraktionssitzung miterleben können. Außerdem bietet das Speed-Debating die letzte Möglichkeit für die Jugendlichen, sich für das KoPra anzumelden.

1. Modul: - Ohne Theorie, keine Praxis –

Einführung in die Grundzüge der Kommunalpolitik. Wie funktioniert das Zusammenspiel zwischen Politik und Verwaltung? Die Grundlagen der Kommunalpolitik werden von Fachleuten aus der Stadtverwaltung in verständlicher Form den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermittelt.

2. Modul: - Politik live und in Farbe –

Der Teilnehmer erfährt im zweiten Modul "Politik live" die Arbeit in den Fraktionen und in einer Ausschusssitzung. Die Jugendlichen schließen sich der von ihnen gewählten Fraktion an. Politiker dieser Fraktion begleiten als „Mentoren“ die Jugendlichen beim Besuch einer Fraktionssitzung und bei der Sitzung eines z.B. Jugendhilfeausschusses. Die Ausschusssitzung wird von den Jugendlichen und Politikern innerhalb der Fraktionssitzung vorbesprochen und erklärt. Dazu erhalten die Teilnehmer die gleichen schriftlichen Ausschussvorlagen wie die Politiker.

3. Modul: - Politik; spielend einfach!? –

Nach Einblicken in Theorie und Praxis erhalten die Teilnehmer nun die Möglichkeit, Politik "zu proben". Im Rahmen eines Planspiels beschäftigen sie sich mit einem aktuellen (jugend-)politischen Thema. Die Teilnehmer übernehmen dabei die Rolle eines Mitglieds des Stadtrates. Die Jugendlichen lernen, wie politische Entscheidungen zustande kommen und wie sie ihre Ziele durchsetzen, bzw. Kompromisse aushandeln können.

Am Ende steht ein gemeinsam getroffener Beschluss innerhalb einer „Ratssitzung“.

Die Durchführung des Planspiels erfolgt durch einen externen Referenten.

Im Anschluss daran soll das während des Praktikums gemeinsam Erlebte ausgewertet werden.

Im Anschluss an das Planspiel erhalten die Teilnehmer, die regelmäßig anwesend waren, ein Zertifikat, aus der die Inhalte der Veranstaltungsreihe hervorgehen. Die Verleihung erfolgt in der Regel durch den/die Bürgermeister/in.

Die Anlagen beziehen sich mittelgroße Stadt Viersen und sind dementsprechend noch in der Ausführung von der Verwaltung an die Stadt Köln anzupassen.

Begründung: erfolgt mündlich.

18 Neu zum ao Parteitag 23.11.2019

Antragsteller*innen: Jusos Köln

Antragstitel: Wohnungslosigkeit den Kampf ansagen!

Die SPD und die Jusos Köln fordern, dass in Köln folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Schlafmöglichkeiten

Die Öffnungszeiten von Notschlafstellen für Wohnungslose, bei denen der Aufenthalt auf eine Übernachtung beschränkt ist, werden in den Herbst- und Wintermonaten auf die Lichtzeiten am Tag ausgeweitet. Durch die Vermittlung von Geflüchteten in Wohnung, werden Stück für Stück Geflüchtetenunterkünfte frei. Diese sollen nicht abgerissen oder ungenutzt werden.

Stattdessen soll die Stadt Köln diese für die temporäre Unterbringung von wohnungslosen Menschen nutzen.

Um zu gewährleisten, dass jeder wohnungslose Mensch einen freien Notunterkunftsort bekommt, stellt die Stadt Köln eine telefonische Hotline zur Verfügung, die am Abend darüber informiert in welcher Notschlafstelle Plätze frei sind. Die freien Plätze sollen auch auf ihrer Homepage sowie auf Infotafeln in jeder Notschlafstelle und in jeder Kölner Bahnhofsmmission dargestellt werden.

Es sollen darüber hinaus eigens Notschlafstellen für wohnungslose mit Menschen mit Tieren eingerichtet werden.

Einrichtung von Begegnungsorten

Zur Ergänzung des bereits bestehenden Angebots von freien Trägern, sollen s.g. Begegnungsorte über das gesamte Stadtgebiet der Stadt Köln eingerichtet werden.

Bei den Begegnungsorten sollen es sich Aufenthaltsräume für wohnungslose Menschen handeln die als Rückzugsräume am Tag dienen. In regelmäßig wiederkehrenden Abständen werden dort Gespräche mit Psychotherapeut*innen und Sozialarbeiter*innen angeboten. Die dort eingesetzten Sozialarbeiter*innen sollen im

750 Sozialrecht geschult sein und den wohnungslosen Menschen beim beantragen von
751 Sozialleistung beraten und betreuen.

752 Zudem sollen die Begegnungsorte Freizeitangebote (z.B. Sportkurse/Filmabende)
753 bereitstellen.

754 In den Begegnungsorten soll eine festes Angebot an kostenlosen Getränken/Snacks
755 zu Verfügung stehen. Die Einrichtungen stellen zudem Post- und Schließfächern,
756 Waschmöglichkeiten, Computer und Sitzgelegenheit zur Verfügung. Es soll auch
757 Begegnungsorte geben in denen die Tiermitnahme erlaubt ist.

758
759 Streetworker*innen/Sozialarbeiter*innen/Psychotherapeut*innen:

760
761 Die Stadt Köln stellt ausreichend Streetworker*innen, Sozialarbeiter*innen und
762 Psychotherapeut*innen ein und sorgt mit einer bessere Bezahlung und bessere
763 Arbeitsbedingungen dafür, dass sie als Arbeitgeberin attraktiver für die Berufsbilder
764 wird.

765 Zentrale Beratungsstelle

766
767 Eine zentrale Beratungsstelle soll bei der Stadt Köln eingerichtet werden. Bei dieser
768 können sich ehrenamtlich Engagierte und wohnungslose Menschen sich über
769 Hilfsangebote informieren. Außerdem können wohnungslose Menschen von
770 Hilfeträger*in zu Hilfeträger*in weitervermittelt werden.

771
772 Die Köln SPD und die Jusos Köln fordern, dass das Land NRW folgendes umsetzt:
773 Das Land NRW stellt Busse bereit, die wohnungslose Menschen in der Winterzeit,
774 soweit alle Plätze in Notschlafstellen in der Stadt mit dem ständigen Aufenthalt belegt
775 sind, an bestimmten Sammelpunkten abholen und zu anliegende Städten und
776 Gemeinden mit freien Plätzen in Notschlafstellen fahren. Am nächsten Tag fahren die
777 Busse die wohnungslosen Menschen wieder zurück. Dieses Hilfsangebot ist auf rein
778 freiwilliger Basis.

779
780 Begründung: erfolgt mündlich.